

19. IX. 1917

Deutscher Nationalverband.

Wien, 18. September.

Heute vormittag trat der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes unter dem Vorsitz des Obmannes Abgeordneten D o b e r n i g zu einer mehrländigen Sitzung zusammen, in welcher die politische Lage unter ausdrücklicher Hervorhebung der Schwierigkeiten, mit denen die deutsche Politik in Oesterreich zu kämpfen hat, sowie die Vorbereitungen für die kommende Reichsratsstagung in eingehender Weise erörtert wurden. Die nächste Vorstandssitzung wurde für Montag den 24. d., halb 10 Uhr vormittags, die nächste Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes für den 24. d., 3 Uhr nachmittags, festgesetzt.

Wie von anderer Seite gemeldet wird, erklärte am Beginn der Vorstandssitzung der Obmann Abg. D o b e r n i g, daß er mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand wohl in Erwägung ziehen müsse, ob er auf die Dauer der Arbeit, die die Obmannstelle verlange, gewachsen sein werde, daß es ihm aber in dieser Zeit, wo alle Kräfte entsprechend verwendet werden müssen, nicht einfallt, von seinem Posten zurückzutreten, und daß er die Pflichten, die er gegenüber dem Verbands übernommen habe, nach bestem Können erfüllen werde. Hierauf wurde in die Beratungen über die politische Lage eingegangen, und es wurde unter anderm naturgemäß auch von verschiedenen Seiten die Frage aufgeworfen, wie sich der Verband zum Ministerium Seidler stellen werde. Zu Beschlüssen, beziehungsweise zu einer entscheidenden Stellungnahme in dieser Richtung kam es jedoch nicht, diese bleibt der nächsten Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes vorbehalten.

Die politischen Lagebücher schreiben: Die von den einflussreichen Führern des Deutschen Nationalverbandes

ausgesprochene Meinung geht dahin, daß gegenüber dem zweiten Kabinete Seidler eine zuwartende Haltung einzunehmen sei und daß der Verband seine Stellung zur Regierung nach ihren Taten einzurichten haben werde. Es ist also eine Aenderung in dem Verhältnisse zwischen dem Deutschen Nationalverbande und der Regierung nicht eingetreten, wenn auch nicht in Abrede zu stellen ist, daß sich bei einzelnen Abgeordneten eine gewisse Mißstimmung gegenüber der Regierung bemerkbar zu machen beginnt, die allerdings für den Fall, daß sie Gesamtansicht für den Verband werden sollte, eine grundsätzlich gegenwärtige Haltung des Deutschen Nationalverbandes bedingen müßte. Das ist jedoch kaum anzunehmen, da jene Persönlichkeiten, deren Meinung ausschlaggebend zu sein pflegt, für eine ruhig abwartende Haltung eintreten. Für die Beurteilung der Regierung werden, wie aus den Äußerungen zahlreicher Politiker des Verbandes hervorgeht, nicht allein die Taten der Regierung auf nationalpolitischem Gebiete ausschlaggebend sein, sondern auch ihr Verhalten gegenüber den staatspolitischen, wirtschaftlichen und finanziellen Fragen, deren Lösung eine auf längere Dauer eingerichtete Regierung nicht umgehen kann. Den Äußerungen vieler Abgeordneter ist auch zu entnehmen, daß gegenwärtig keinerlei Grund besteht, die vom Verbands aufgestellten Grundsätze zu überprüfen, da keine Aenderung in den politischen Verhältnissen eingetreten ist, welche eine andere Stellungnahme des Verbandes erfordern würde."